

Kapitel 5

Verselbständigung der Ökonomie

Peter Schallberger

Was soll man tun, um sich als Einzelner im „neuen Kapitalismus“ (Richard Sennett) dauerhaft zu behaupten und zu bewähren? Schwergewichtig mit dieser Frage befassen sich die Ausführungen der Personen, deren Zukunftsbilder in den folgenden Abschnitten dargestellt werden. Typischerweise ist mit der allgemeinen Thematisierung dieser Frage ein nüchtern objektivierender Blick auf die eigene Biographie verbunden. Ausführlich reflektieren die Befragten, ob sie selber wohl hinreichend fit seien, um mit den neuen Entwicklungen im Gebiet der Ökonomie mithalten zu können oder sie gar mit zu gestalten. Ihre Überlegungen gründen auf einer spezifischen Wahrnehmung und Deutung der Umbruchstendenzen, mit denen sie sich in ihrem jeweiligen Arbeitsumfeld konfrontiert sehen: An ihnen zeige sich, dass der wirtschaftliche Konkurrenz- und Überlebenskampf härter geworden sei. Ausgefochten werde er mittlerweile nicht mehr nur zwischen einzelnen Standorten und einzelnen Unternehmen. Vielmehr sei heute jedes einzelne Individuum aufgefordert, sich gegen andere zu behaupten und durchzusetzen.

Diese Diagnose verdichten die Befragten zu einer eigentlichen Theorie: Mit der Globalisierung der Wirtschaft gingen Entwicklungen einher, die in mehrfacher Hinsicht Züge einer *Verselbständigung der Ökonomie* aufwiesen: Erstens zwingt der globale Wettbewerb die Unternehmen, sich ihres vormals teilweise noch paternalen Charakters vollends zu entledigen und nur noch ökonomisch zu denken. Von ihren Beschäftigten hätten sie ein Mehr an Leistung, Qualifikation, Flexibilität und Identifikation einzufordern, ohne ihnen im Gegenzug noch irgendwelche Sicherheiten (Arbeitsplatzsicherheit, Einkommenssicherheit, usw.) bieten zu können. Zweitens habe der verschärfte Standortwettbewerb zur Folge, dass sich zwecks Wahrung der Konkurrenzfähigkeit die Politik mit Eingriffen und Interventionen in den Marktmechanismus zurückhalten müsse. Es finde also auch so etwas wie eine Verselbständigung der Ökonomie gegenüber der Politik statt. Und drittens sei eine Verselbständigung auch in dem Sinne im Gange, als die globalisierten Märkte eine von außen nicht mehr steuerbare Eigendynamik entfalten, ihnen also ganz prinzipiell keine moralischen, ökologischen und sonstigen Standards mehr auferlegt werden könnten.

Diese Entwicklungen werden von den Befragten entweder feierlich begrüßt oder sie bilden den Ausgangspunkt eher düsterer und pessimistischer Zukunftsprognosen. Anhand der folgenden zwei Porträts soll gezeigt werden, dass sich diese Unterschiede in der Wertung der diagnostizierten Verselbständigung der Ökonomie primär auf Differenzen des Herkunftsmilieus sowie der Generationszugehörigkeit zurückführen lassen.

5.1 Neoliberale Euphorie: Andreas Leutwyler

Andreas Leutwyler, geboren 1971, Sohn von Edgar und Ursula Leutwyler, Studium der Betriebswirtschaftslehre, Controller in der Effekten-Handelsabteilung am Hauptsitz einer Schweizer Großbank.

Um möglichst materialreich dokumentieren zu können, wie sich die soziale Herkunft eines Individuums auf dessen „Habitus“ auswirkt, analysieren wir zuerst einen Fall, mit dessen familiärer Herkunft wir uns im vorangehenden Kapitel bereits eingehend befasst haben: Andreas Leutwyler ist der ältere der beiden Söhne von Edgar Leutwyler. Im Zentrum der Analyse steht die Frage, ob sich im biographischen Regime sowie in den zeit- und zukunftsdiagnostischen Einschätzungen von Andreas Leutwyler Muster auffinden lassen, die auf eine innerfamiliäre Tradierung von Habitus- und Bewusstseinsformationen schließen lassen. Wäre dem so, dann müssten sich bei ihm ähnliche Momente eines urwüchsigen Liberalismus sowie eines biographischen Offenheitsregimes finden lassen, wie sie für den Fall von Edgar Leutwyler als charakteristisch beschrieben wurden. Es müsste außerdem deutlich erkennbar sein, dass er in seiner Lebenspraxis auf soziale und kulturelle Ressourcen zurückgreift, die ihm eindeutig aufgrund seiner familiären Herkunft zur Verfügung stehen. Um das Bild seiner Herkunftsfamilie zu vervollständigen, stellen wir der Analyse einige Angaben zu Ursula Leutwyler, der Mutter von Andreas Leutwyler, voran.

Ursula Leutwyler wird 1943 als Einzelkind in Zürich geboren. Über ihre Herkunft ließ sich – aus Gründen, die sich weiter unten klären werden – nur wenig in Erfahrung bringen. Ihr Vater war angestellter Handwerker und ihre Mutter, aufgewachsen in einem bäuerlichen Umfeld, war Zeit ihres Lebens erwerbstätig. Im „zünftisch“ und protestantisch geprägten Zürich der 50er und 60er Jahre muss innerhalb dieser kleinbürgerlichen Familie – so ist zu vermuten – auf der mentalen Ebene ein eher defensiver Geist der Fügsamkeit, der treuen Pflichterfüllung und der nüchternen Sachlichkeit vorgeherrscht haben. Ihm entsprach auf der praktischen Ebene wohl ein ausgeprägter Sinn für Ordnung und Sicherheit, eine gewisse Reserviertheit und Zurückhaltung im Kontakt

mit der familiären Außenwelt sowie eine etwas übersteigerte Orientierung an den Werten „guter Bürgerlichkeit“ – wie sie für das sich nach oben ausrichtende kleinbürgerliche Milieu charakteristisch ist³⁴⁴. Als dem einzigen Kind der Familie ruhte auf Ursula Leutwyler die Hoffnung, eine gutbürgerliche Existenz real zu erreichen. Denn weder der Vater noch die Mutter scheinen in ihren diesbezüglichen Bestrebungen erfolgreich gewesen zu sein: In einer Zeit anhaltender wirtschaftlicher Prosperität und ungebremsen Wachstums bleibt der Vater einfacher Angestellter – und dies in einem Berufsfeld mit einer alten Tradition der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Mutter erreicht ihrerseits das für die bürgerliche Hausfrau als erstrebenswert geltende Ziel, nicht arbeiten zu müssen, nur teilweise. So ist es denn wenig erstaunlich, dass Ursula Leutwyler nach dem Abgang von der Schule eine solide Berufsausbildung in Angriff nimmt. Obwohl sie, wie sie sagt, lieber eine Ausbildung „im künstlerischen Bereich“ – Modezeichnen oder Architektur – gemacht hätte, wird sie ans Lehrerseminar geschickt, wo sie Anfang der 60er Jahre ihren Mann kennen lernt.³⁴⁵ Auch nach der Heirat und der Geburt der beiden Söhne (1971 und 1974) bleibt sie teilzeiterwerbstätig. In diesem Sachverhalt scheint ein Protest gegen den bürgerlichen Wertekanon und folglich auch gegen ihre kleinbürgerliche Herkunft angelegt zu sein: Ursula Leutwyler verweigert sich dem bürgerlichen Programm der Hausfrau, Mutter und Gattin, das umzusetzen die Eltern für sie vorsahen. Seit 1988 ist sie persönliche Mitarbeiterin eines selbständigen Personalberaters, der auf die Rekrutierung von Kadernachwuchskräften spezialisiert ist.

Zwar verweist der Umstand, dass sich Ursula Leutwyler nie vollständig auf den bürgerlichen Rollenkodex hat festlegen lassen, auf einen stillen Protest gegen die Erwartungen ihrer Herkunftsfamilie. Auf der habituellen Ebene gelingt es ihr indes nur bedingt, mit ihrer Herkunft zu brechen. Ihre Darlegungen während des Interviews sind durchzogen von einem defensiven Geist der Selbstbescheidung – gelegentlich auch der Subordination. Er erklärt auch die extreme Verschwiegenheit, mit der sie uns während des gesamten Interviews begegnet. ‚Persönliches‘ ist von Ursula Leutwyler nicht in Erfahrung zu bringen, wobei es im Interview deutliche Hinweise darauf gibt, dass ihrer Verschwiegenheit auch ein subversives Moment anhaftet.

Ursula Leutwyler ist mit einem nüchternen Realitätssinn ausgestattet, der sie zur Affirmation des Bestehenden und zur Apologetik objektiver Zwänge neigen lässt. Dies zeigt sich auch in ihren zeitdiagnostischen Einschätzungen. In ihnen kommt ein gleichsam defensiver Desillusions-

³⁴⁴ Vgl. Bourdieu (1987).

³⁴⁵ Interview mit Ursula Leutwyler im Oktober 1997: Caroline Bühler und Peter Schallberger.

realismus zum Tragen. Umstandslos anerkennt sie beispielsweise, dass wirtschaftliche Konzentrationsprozesse mit einer gewissen Zwangsläufigkeit vonstatten gehen, obwohl sie diese alles andere als begrüßt. Ihrer Ansicht nach werden sie zur Folge haben, dass die Kontakte zwischen den Menschen in Zukunft noch unpersönlicher und bürokratischer sein werden und „Individualität“ verloren gehen wird. Auch findet Ursula Leutwyler, dass die Schweiz früher oder später der EU wird beitreten müssen, obwohl sie mit einem EU-Beitritt nicht nur positive Hoffnungen verbindet. Mit ihm werden ihrer Ansicht nach kulturelle Nivellierungsprozesse einhergehen. In ihren Ausführungen erscheint der EU-Beitritt letztlich als eine Zwangsläufigkeit: „Ich glaube nicht, dass man natürlich alle seine Eigenheiten und seine Privilegien behalten und dann gleichwohl alle Vorteile von den anderen haben kann.“ Und in einem anderen Zusammenhang heißt es: „Ich glaube nicht, dass wir den hohen Standard, den wir einmal gehabt haben, wieder erreichen werden. Aber ich glaube, wir müssen uns auch ein bisschen bescheiden in gewissen Sachen“.

Sich bescheiden – das ist der eine Teil der Programmatik, die Ursula Leutwyler der Bewältigung künftiger Problemstellungen zugrunde gelegt haben will. Den anderen Teil thematisiert sie im Zusammenhang mit der Frage, welche Voraussetzungen ein junger Mensch mitbringen muss, um künftig in der Arbeitswelt seinen Platz zu finden. Ursula Leutwyler ist als Expertin angesprochen. Sie findet – in Übereinstimmung mit ihrem Ehemann –, dass man eine möglichst breite Ausbildung haben, flexibel und mobil sein müsse. Außerdem müsse man ein hohes Selbstbewusstsein mitbringen, dürfe dabei aber nicht arrogant wirken. Ein Mangel an Selbstbewusstsein sei denn auch für die Untervertretung von Frauen in Führungspositionen verantwortlich. Bei der Thematisierung der Geschlechterproblematik schlägt das in ihrem Habitus mit angelegte Protestmoment durch: „Gute Frauen sind gefragt. Sie trauen sich einfach immer noch weniger zu. Man kann einem nicht über Generationen hinweg sagen, man sei weniger wert und könne das halt nicht so gut wie ein Mann. Und dann plötzlich soll es klappen.“ Implizit kommt Ursula Leutwyler hier auf ihr eigenes Schicksal zu sprechen: Die Unterminierung eines Strebens nach Autonomie durch einen Habitus der Selbstbescheidung.

In der Herkunftsfamilie von Andreas Leutwyler liegt eine spannungsreiche Konstellation von zwei entgegengesetzten mentalen und habituellen Ausrichtungen vor. Auf der einen Seite steht ein liberaler Geist der Offenheit, der beständig nach dem Differenten Ausschau hält; auf der anderen Seite ein eher defensiver Geist der Selbstbescheidung, der indes durchaus auch subversive Momente enthält. Vereinfacht ließe sich sagen, dass in der Familie Leutwyler der eine Pol ein intellektuell

sublimiertes Lustprinzip verkörpert, während der andere für Pragmatismus und Realitätssinn steht. Ursula Leutwyler hat es vermutlich immer wieder verstanden, ein Ausuferndes allzu hitzig geführter familiärer Debatten durch kontrollierende Eingriffe und durch Schweigen zu verhindern. Bei der Erziehung ihrer Söhne hat sie wahrscheinlich darauf geachtet, jeder Neigung zu irgendeiner Form der Selbstüberschätzung oder Selbstverliebtheit entgegenzuwirken. Folglich ist zunächst davon auszugehen, dass es sich bei Andreas Leutwyler um einen begeisterungsfähigen und selbstbewussten jungen Mann handelt, der gleichzeitig mit sehr viel Realitätssinn ausgestattet ist.

Es gibt noch etwas weiteres, was für den Habitus von Andreas Leutwyler von Bedeutung sein könnte: Das Milieu, in dem er aufwächst, zeichnet sich durch einen immensen Reichtum nicht nur an ökonomischem, sondern auch an sozialem und kulturellem Kapital aus. Andreas Leutwyler konnte vermutlich schon früh die Fähigkeit entwickeln, sich stilicher in sehr unterschiedlichen sozialen Räumen zu bewegen.

Wie selbstverständlich ging Andreas Leutwyler nach dem Volksschulabschluss ans Gymnasium: „Die Matur ist von Beginn weg festgestanden.“ Während seines fünfjährigen Studiums der Betriebswirtschaftslehre, das er 1995 abschloss, hatte er sich auf Bank-BWL, Rechnungswesen und Controlling spezialisiert. Zum Zeitpunkt des Interviews³⁴⁶ ist er seit rund einem halben Jahr als Controller in der Handelsabteilung einer Schweizer Großbank tätig. In seiner gegenwärtigen Tätigkeit befasst er sich mit neuen Finanzinstrumenten – mit Futures, Optionen und anderen Derivaten – im globalen Rohwarenhandel. Die Grundidee dieser für seine Arbeitgeberbank noch relativ jungen Geschäftstätigkeit besteht darin, Handelsfirmen von Risiken zu entlasten, die mit Preisschwankungen auf dem Rohwarenmarkt verbunden sind. Die Controlling-Abteilung überwacht diese Geschäftstätigkeit, indem sie die Erfolgsdaten der einzelnen Derivatenhändler zusammenträgt und basierend auf den Erfahrungswerten Modelle zur Einschätzung und zum Management von Risiken entwickelt.

Im Gespräch mit Andreas Leutwyler kann man den Eindruck gewinnen, er betreibe ein systematisches Controlling auch über sein Leben. Das Ziel all seiner Bestrebungen scheint darin zu bestehen, in einer Bank eine Führungskarriere zu machen. All seine Entscheidungen stellt er als strategisch mehr oder weniger auf dieses Ziel hin ausgerichtet dar: Während seines Studiums der Betriebswirtschaftslehre nahm er bewusst eine Spezialisierung in Richtung Bankengeschäft vor. Für den Verbleib in der gegenwärtigen Stellung eines Spezialisten setzt er sich eine zeitliche Limite von genau drei Jahren. Die erste Stelle, die er nach drei Mo-

³⁴⁶ Interview mit Andreas Leutwyler im August 1997: Peter Schallberger und Caroline Bühler.

naten zielsicher wieder aufgab, charakterisiert er als eine typische Einstiegsstelle: „Es ist mehr ein Überblick gewesen. Es hat mir einen Einstieg gegeben in eine so große Firma. Man sieht ein wenig, wie es organisiert ist. Wer sitzt wo? Was macht überhaupt so eine Sparte Handel? Man tappt doch irgendwie noch ein wenig im Leeren oder im Dunkeln, wenn man aus dem Studium kommt. Man hört viel, aber um sich selber etwas darunter vorstellen zu können, ist das gut gewesen.“ Während dieser Einstiegsphase knüpfte er nicht zuletzt Kontakte zu Personen, die für sein weiteres berufliches Fortkommen bedeutsam sein könnten. Als dieses Zwischenziel erreicht war, galt es für ihn, möglichst rasch „noch näher dorthin zu kommen, wo die Bank ihre Geschäfte macht.“ – „Und darum bin ich jetzt da.“

Andreas Leutwyler ist nicht zufällig Angestellter einer Großbank. „Ich wäre sicher nicht auf irgendeine Raiffeisenbank arbeiten gegangen.“ Er bewarb sich bewusst bei einer Großbank, weil diese in zukunftssträchtigen Geschäftsfeldern außerhalb des klassischen Kreditgeschäfts tätig ist, und weil es sich bei ihr um ein global tätiges Unternehmen handelt. Die Anstellung in einer Großbank bietet ihm die Möglichkeit, später eine Zeit lang auch im Ausland tätig zu sein, was seine Karrierechancen erhöhen wird. „Ja sicher. Ich möchte gerne einmal auch eine längere Zeit ins Ausland gehen; möglichst solange ich noch jung bin und nicht groß irgendwie angebunden wegen Familie und so. Weil irgendwann hab ich das Gefühl, kommt dann der Zeitpunkt, wo man nicht mehr so flexibel ist.“ In die operative Planung seiner beruflichen Laufbahn bezieht Andreas eine spätere Familiengründung selbstverständlich mit ein.

In der Manier des Controllers vergewissert er sich permanent seiner jeweiligen Stellung. Zwar treffe es zu, dass die Abteilung, in der er momentan arbeite, einen nur marginalen Beitrag zum Gesamtertrag des Unternehmens leiste. Dies bedeute jedoch nicht, dass er sich auf einem Neben- oder gar einem Abstellgeleise befinde. Denn die Erfahrungen und Qualifikationen, die er sich hier aneignen könne, seien eins zu eins auf den Wertpapierhandel übertragbar. „Wenn man durchschaut, wie es läuft, dann kann man problemlos auch in einem anderen Bereich eigentlich die gleiche Aufgabe machen.“

Andreas Leutwylers berufsbiographischen Entscheidungen scheint durchgängig ein strategisches Kalkül zugrunde zu liegen. Hierdurch stellt er sich in Opposition zur Offenheits-Programmatik seines Vaters. Während Edgar Leutwyler ein Ideal humanistischer Bildung und biographischer Offenheit hochhält, kommt es bei Andreas zu einer Art biographischer und bildungsmäßiger Schließung. Sein Werdegang erscheint als von Beginn weg pragmatisch in eine bestimmte Richtung

verplant. Wie äußert sich diese innerfamiliäre ‚Frontstellung‘ in den Interviews und wie lässt sie sich erklären?

Interviewer: Also man muss nicht zwingend ein Betriebswirtschaftsstudium machen?

Edgar Leutwyler: Können Sie denken! Nein. Also das ist ja eine Auseinandersetzung, die ich immer mit meinem älteren Sohn gehabt habe. Ich habe immer gesagt, Du hättest wenigstens etwas Rechtes studieren können: Nicht Betriebswirtschaft sondern Volkswirtschaft, (lacht).

Andreas Leutwyler kann nicht umhin, sich mit der väterlichen Programmatik biographischer Offenheit auseinanderzusetzen. Ohne dazu direkt aufgefordert zu werden, begründet und rechtfertigt er wiederholt, weshalb er seine berufliche Entwicklung einer relativ strikten Planung unterwirft. Im Interview ist mehrfach dokumentiert, dass für ihn – obwohl er es inhaltlich zurückweist – das väterliche Postulat, sein Leben entwicklungs offen zu gestalten und Kontingenz zuzulassen, eine gewisse Verbindlichkeit besitzt. Um zum Schluss dann doch zu einem mehr oder weniger befriedigenden Befreiungsschlag anzusetzen, unternimmt er zuerst zwei Begründungsanläufe, die ins Leere laufen.

Anlauf Nummer eins: Andreas Leutwyler macht eine innere Berufung geltend. Ganz zu Beginn des Interviews sagt er: „Das ist eigentlich schon lange festgestanden, muss ich sagen, das ist nicht so eine kurzfristige Entscheidung gewesen.“ Er gesteht ein, dass seine Festlegung auf eine Bankerkarriere möglicherweise etwas früh erfolgte und dass er hierbei gewissermaßen eine Regelverletzung in Kauf nahm („muss ich sagen“). Gleichzeitig streicht er jedoch hervor, dass es hierfür gute Gründe gab: Er habe sich die Sache gründlich überlegt. Und wie wenn es noch weitere Belege für die Redlichkeit seiner Entscheidung bedürfte, fügt er hinzu: „Ich habe zwar eine B-Matur, um mehr oder weniger alle Optionen offen zu haben; eben obwohl ich immer schon gerne ein wenig *gehändelt* habe und Freude gehabt habe an Zahlen.“ Er glaubt, betonen zu müssen, dass er es keineswegs versäumt habe, trotz seiner immer schon da gewesenen inneren Berufung, sich wenigstens bis zum Übertritt an die Universität auch Alternativen offen gehalten zu haben. An der Echtheit seiner Berufung will er indes keine Zweifel aufkommen lassen: Es seien „nicht nur irgendwie so Bubenträume, sondern ernsthafte, ernsthafte Ziele“ gewesen, die er bei seiner Entscheidung im Kopf gehabt habe.

Auf dieser Argumentationslinie gelingt es ihm allerdings nicht, sich von dem Verdacht, den er gegen sich selber richtet, gänzlich zu befreien: Hat er möglicherweise nicht doch die Entwicklungs- und Gestaltungs offenheit seiner Biographie zu früh verspielt? – Nein! scheint er sich im

Verlaufe des Interviews wiederholt sagen zu müssen. So will er beispielsweise auch seine Spezialisierung während des Studiums nicht als seinen weiteren Werdegang vollständig konditionierend verstanden wissen:

„Ich bin dort, das kann man schon sagen, hab ich mich schon ein wenig in diese Richtung bewegt. Wobei, viele von denen, die Bank-BWL studieren, gehen nachher auch irgendwie in eine Beratungsfirma oder in die Treuhand. Es ist also nicht so, dass das schon fix ist. Aber ehm, es ist sicher ein Vorteil oder eben ein weiterer Schritt, eben (lacht kurz) zu dieser Station, wo ich jetzt bin. Das schon. Ja.“

Andreas Leutwyler, dem Sohn von Edgar Leutwyler, scheint es also nicht ganz wohl dabei zu sein, eine „stinknormale“ Bankerkarriere zu machen. Zumindest sieht er sich in seiner impliziten Auseinandersetzung mit der Offenheitsprogrammatik des Vaters einem immensen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Aus dieser Defensive heraus setzt er zu einem zweiten Befreiungsschlag an: Er gibt den Ball an seinen Vater zurück: „Das Problem, oder eh, die Situation ist einfach so gewesen, dass der Vater auf der Bank gearbeitet hat, schon damals. (...) Von dem her kann man vielleicht schon sagen, eh ... ein wenig gezeichnet noch vom Elternhaus.“ Das Elternhaus scheint nunmehr die Verantwortung dafür tragen zu müssen, dass er sich für eine Bankerkarriere entschieden hat. Doch auch auf diesem Wege gelingt es ihm nicht, das antikarrieristische Bildungs- und Entwicklungsideal seines Vaters grundsätzlich in Frage zu stellen. Er anerkennt es vielmehr.

Ein erfolgreicher Befreiungsschlag gelingt ihm erst im dritten Anlauf. Er bedient sich des „Desillusionsrealismus“ seiner Mutter und spielt ihn gegen die väterliche Feier von Kontingenz aus. Sein straffes biographisches Regime erklärt er nun damit, dass man in der heutigen Zeit nicht mehr umhin könne, sich frühzeitig für etwas Bestimmtes zu entscheiden.

„Mich würde noch vieles reizen, oder? Ich weiss nicht, irgendwann kommt man einfach an einen Punkt, wo man einfach sagen muss: Also gut, das mach ich jetzt! (lacht) (...) Ich denke auch manchmal, ja vielleicht als Lehrer wäre es noch lässig oder so. Aber ja, irgendwie – leider – hat man sich nach der Matur entscheiden müssen, was mach ich jetzt? Dann nachher auch beim Job. Also man möchte irgendwie immer gerne eine Breite behalten. Aber ja, man sieht, irgendwie muss man einsehen, dass es nicht möglich ist. (...) Es ist nicht so, dass ich irgendwie unzufrieden bin. Ich denk mir, klar, manchmal, ja, ich würde gerne

wieder einmal irgendwie ein Buch lesen und hab einfach keine Zeit.“

Bedenkt man, unter welchen ökonomischen Bedingungen Edgar Leutwyler Mitte der 1960er Jahre ins Berufsleben einsteigen konnte und unter welchen Bedingungen Andreas Leutwyler dies heute tun muss, erscheint seine Argumentation als durchaus plausibel. Während Edgar Leutwyler objektiv sehr viele Wege offen standen, muss Andreas Leutwyler um eine angemessene Stellung in der Arbeitswelt kämpfen. Er tut dies, indem er seine Berufsbiographie pragmatisch einem nüchternen Karrierekalkül unterwirft.

Aber nicht nur bei diesem ‚neuen Pragmatismus‘, den Andreas Leutwyler an den Tag legt, auch bei dem selbstquälerischen Schwanken zwischen Offenheit und Schließung scheint es sich um ein nicht bloß durch die familiäre Herkunft bedingtes Phänomen zu handeln. Diesen Schluss legt beispielsweise ein Vergleich von Andreas Leutwyler mit André Jann nahe. Als nach 1968 Geborene und konfrontiert mit den Realitäten des „neuen Kapitalismus“ sind beide mit strukturell widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert. Auf der einen Seite steht die Forderung nach Kontingenz und Flexibilität, auf der anderen die Forderung nach Festlegung und Entscheidung. André Jann und Andreas Leutwyler spielen dieses generationsspezifische Drama in je entgegengesetzter Richtung durch: Andreas Leutwyler hat sich entschieden, muss aber ständig darauf hinweisen, dass er dennoch ein flexibler und offener Mensch sei. André Jann plant eine Entwicklung ins Offene hinein, muss aber gleichzeitig betonen, dass seine momentane Entscheidungsschwäche nur eine vorübergehende sei und er sich im Grunde längst entschieden habe. Ausführlich reflektiert Andreas Leutwyler die Ursachen dieses Zwangs zur Entscheidung: Während der neunziger Jahre hätten sich die ökonomischen Konstellationen dergestalt verändert, dass Offenheit durch Pragmatismus und biographische Disziplin zu ersetzen sei.

Globalisierung – den Begriff als solchen verwendet er nicht – bedeutet für Andreas Leutwyler, dass „man sich jetzt wirklich mit allen anderen messen muss“. Nicht im Abbau von Handelshemmnissen erblickt er die primäre Ursache für diese Entwicklung, sondern im Siegeszug der Informations- und Kommunikationstechnologien. Was ein Mitstreiter tut, ist für alle anderen sichtbar geworden: „Jeder weiß irgendwie: Wie geht es dem in Amerika? Was macht der in Amerika? Man hat extrem viele Informationen und man hat diese Informationen extrem schnell.“ Unter diesen neuen Bedingungen beginnen sich die Fehler, die man in der Vergangenheit gemacht hat zu, zu rächen. Andreas Leutwylers nüchterne Bilanz bezieht sich in erster Linie auf die Geschäftstätigkeit der Schweizer Banken und auf die Arbeitsmentalität der

in ihnen Beschäftigten. In den Jahren ungebremsten Wachstums habe man es versäumt, die Rationalisierung wirtschaftlichen Handelns konsequent voranzutreiben. Das heißt: „Man hat im Ganzen gesehen Geld verdient, aber man hat nicht gewusst, wo und wie man es verdient hat.“ Die Schweizer Banken hätten erst nach dem Immobiliencrash, also Anfang der 90er Jahre, begonnen, „knallhart“ zu kalkulieren. Es seien Methodiken des Geldverdienens entwickelt worden, die es in Zukunft noch weiter zu verfeinern gelte. Im Zentrum habe dabei die Frage zu stehen: „Was muss ein Kunde tun, damit wir etwas verdienen an ihm, und wo sind die Faktoren, die dazu führen, dass wir verlieren an ihm.“ Bei der Rationalisierung des wirtschaftlichen Handelns sind gemäß Andreas Leutwyler in Zukunft die folgenden Hauptstrategien zu verfolgen: Erstens müssen vergangene Ereignisse systematisch analysiert und davon ausgehend Methodiken, Prozeduren und Modelle für die rationale Antizipation und Einschätzung von Risiken entwickelt werden: „Ich habe das Gefühl, alles, was mit Risiko und Risikomanagement zu tun hat, dass das eigentlich eine sehr große Zukunft hat.“ Zweitens müssen wenig ertragreiche Geschäftsbereiche abgestoßen und systematisch neue Ertragsquellen erschlossen werden. Und drittens wird in Zukunft der methodischen Erschließung und dem Management von Informationen eine kaum zu überschätzende Bedeutung zufallen.

So glaubt Andreas Leutwyler auch nicht, dass die Schweizer Großbanken, wie gelegentlich spekuliert wird, sich langfristig vom klassischen Kreditgeschäft abwenden werden. Denn obwohl man das Geld heutzutage in anderen Geschäftsbereichen verdiene – in der Vermögensverwaltung, im Emissionsgeschäft, im Handelsgeschäft usw. – komme man über das Bilanzgeschäft an wertvolle Kundeninformationen heran. Diese Informationen ließen sich insbesondere dann nutzen, wenn man als Bank eine Allfinanzstrategie fahre: Nur wenn die kombinierte Bank- und Versicherungsgesellschaft das ökonomische Profil jedes einzelnen Kunden genau kenne, könne sie ihm ein maßgeschneidertes und integrales Kredit-, Anlage- und Versicherungsprodukt anbieten.

Die Rationalisierung des Geldverdienens bedinge auch, dass sich jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter in Zukunft „an eine härtere Gangart“ werde gewöhnen müssen. Mit der Gemütlichkeit vergangener Tage sei es vorbei – eine Entwicklung, die Andreas Leutwyler rundum begrüßt:

„Ich denke, auch der Einzelne wird sich wahrscheinlich zum Teil ein wenig einschränken, seine Erwartungen oder, ja, seine Erwartungshaltung eigentlich ablegen müssen, und irgendwie sehen, dass es einfach von ihm selber her mehr braucht, damit es ihm gut geht, dass es nicht einfach so ist, dass man halt problemlos

eine Stelle findet, und dass man da kommt, acht Stunden arbeitet und davon zwei Stunden Kaffee trinkt und zwei Stunden ein wenig schwatzt.“

Und wenn man sich mit den neuen Realitäten nicht abfinden wolle, müsse man halt bereit sein, „selber die Konsequenzen zu tragen“. Auch die Verteilungskämpfe würden in Zukunft härter werden. Andreas Leutwyler plädiert in diesem Zusammenhang für einen neuen Individualismus und für den Abbau sozialstaatlicher Leistungen. Dies zeigt sich insbesondere in seinen Ausführungen zur AHV und zur Arbeitslosenversicherung: „Heute überlegt sich jeder: Hab ich eine Chance, das zu bekommen, was ich bezahle? Oder bin ich bereit, irgendwie so und so viele Leute zu unterstützen, die jetzt keinen Job haben? Und viele sagen sich wahrscheinlich: Nein!“

Nicht nur auf der biographischen, auch auf der politisch-weltanschaulichen Ebene scheint es bei Andreas Leutwyler zu einer Art Schließung zu kommen. Es sieht so aus, als ob der politische Liberalismus Edgar Leutwylers bei seinem Sohn zu einem ökonomistischen Neoliberalismus zusammengeschrumpft wäre. „Ich denk mir, ich bin sehr, wie soll man dem sagen, auf eine Art ein Liberalist. Ich glaube sehr stark an den Markt.“ Dieses Bekenntnis hat weitreichende Konsequenzen. Es veranlasst Andreas Leutwyler beispielsweise dazu, sich mit der Problematik der Arbeitslosigkeit ausschließlich in Kategorien der mikroökonomischen Handlungstheorie auseinanderzusetzen. Ob jemand arbeiten geht oder nicht, scheint ihm bloß eine Frage pekuniärer Handlungsanreize zu sein: Wer durch Arbeitslosigkeit ein höheres Einkommen erzielen kann als durch Arbeit, arbeitet logischerweise nicht. Aus dieser reduktionistischen Sichtweise ergibt sich die Forderung, die Auszahlungsbeträge der Arbeitslosenversicherung seien möglichst tief anzusetzen und auch gut ausgebildeten Leuten seien unqualifizierte Arbeiten zuzumuten. „Wenn man eben diese Grenze falsch setzt, dann kann es unter Umständen auch interessant sein, heraus zu fallen.“ An Andreas Leutwylers Ausführungen lässt sich zeigen, was eine solche ökonomistische oder neoliberale Argumentationsweise ausblendet: Es ist nie davon die Rede, dass der einkommensmaximierende Homo oeconomicus auch über so etwas wie eine intrinsische Arbeitsmotivation verfügen könnte. Sie vermittelt den Eindruck, Andreas Leutwyler sei der einzige Mensch auf dieser Welt, der irgendwie auch Freude und Lust an seiner Arbeit hat.

Wir leben in einer Zeit der Entscheidung: Die Schweiz, denkt Andreas Leutwyler, werde langfristig nur konkurrenzfähig bleiben, wenn staatliches Handeln auf ein Minimum reduziert und der Markt weitge-

hend sich selber überlassen werde. Die Redimensionierung des Sozialstaates wird ihm zur Schicksalsfrage.

„Ist man irgendwie bereit, noch den Sozialstaat irgendwie auszubauen, oder inwiefern ist man bereit oder bis zu welchem Punkt ist man bereit, den noch zu behalten? Und ja: Gerade heute stellen sich wahrscheinlich recht viele Weichen für die Zukunft. Wenn man jetzt irgendwie an diesem Prinzip festhält, mehr oder weniger den Status Quo jetzt auch in Zukunft weiterziehen will, dann hab ich das Gefühl, dann wird es große Probleme geben.“

Einem neoliberalen Fundamentalismus verschreibt sich Andreas Leutwyler dann allerdings doch nicht. Beinahe entschuldigend räumt er ein: „Ich bin dort relativ stark geprägt vom Studium“, und lässt gelten, dass man die Sache – „je nach Menschenbild“, – auch anders sehen könne. Nach und nach nimmt er seine radikalsten Forderungen zurück und will dem Sozialstaat eine Existenzberechtigung nicht mehr ganz absprechen: Irgendeine Institution brauche es ja, „die schaut, dass wenn man den Job verliert, dass man nicht einfach auf der Straße ist und irgendwie Bettler wird.“ Er findet, dass die Befriedigung „gewisser Grundbedürfnisse“ – „mal genug zu essen“ und „vielleicht noch eine Krankenversicherung“ – auch in Zukunft staatlich garantiert sein sollte. Und er vermutet nun auch, dass es „Einzelschicksale“ gibt, Leute also, „die in diesem Wettbewerb nicht bestehen können“, so dass man „nicht allgemein sagen kann: Diejenigen, die das nicht schaffen, die sind faul“. Freilich will er diese Einzelschicksale auch als solche behandelt wissen. Staatliche Zuwendungen müssten künftig möglichst nach dem Bedürftigkeitsprinzip entrichtet werden.

Auch in anderen Gesprächskontexten zeigt sich, dass sein Glaube an den Markt keineswegs so dogmatisch ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Im Zusammenhang mit seiner Einschätzung zum Verhalten der Schweizer Banken während des Zweiten Weltkriegs äußert er sich allgemein zum Verhältnis von Ökonomie und Moral. Er relativiert seine zuvor geäußerte Überzeugung: „Alles was man aus dem Markt herausholen kann, das ist auch fair“, und räumt ein: „Es ist nicht einfach alles, was Geld bringt, gut. Also ich denk mir schon, dass man ein wenig auch differenzieren muss.“ Er erachtet es jedoch als schwierig, in diesem Zusammenhang „irgendwelche Standards zu setzen, was ist auch moralisch vertretbar und was nicht“. Auf den Einwurf des Interviewers, es hätten sich doch gerade im Bankengewerbe mittlerweile standesrechtliche Regelungen etabliert, steigt er allerdings nicht ein. Zu stark bleibt Andreas Leutwyler im individualistischen Paradigma der Ökonomie befangen, als dass er moralische Fragen anders denn als Fragen des individuellen Gewissens behandeln könnte. Seine Forderung nach mo-

ralischen Standards löst sich in der Folge in Luft auf. Sobald es ums Geld geht, schreibt er dem individuellen Gewissen nur eine geringe Macht zu. Die Diskussion um ihre unrühmliche Vergangenheit werde vielleicht dem Image der Schweizer Banken schaden, nicht aber dem Geschäft: „Gerade die größeren Kunden denken wahrscheinlich mehr finanziell als moralisch. Also von dem her glaube ich nicht, dass das in einer Katastrophe enden wird.“

In seinem Entwurf eines idealen Systems der politischen Entscheidungsfindung weicht Andreas Leutwyler allerdings konsequent vom ökonomischen Paradigma ab. Er zeigt sich besorgt darüber, dass mittlerweile auch in der Schweiz Tendenzen „in Richtung amerikanisches System“ sichtbar würden. Einzelnen Politikern wie etwa Christoph Blocher gehe es mittlerweile bloß noch um die kurzfristige Maximierung von Stimmen, um „Machtspiele“ und „Lobbying“, was eine auf langfristige Stabilität angelegte, „resultatorientierte Politik“ verunmögliche. In seinen Darlegungen erscheint Andreas Leutwyler als begeisterter Anhänger der Schweizerischen Konkordanzdemokratie. Das „Kollegialitätsprinzip“, der Umstand also, dass alle großen Parteien an der Regierung beteiligt sind, ermögliche eine auf die Umsetzung langfristiger Ziele angelegte Politik und Sorge für stabile politische Verhältnisse. Es enthalte die Chance, „wirklich in Resultaten zu denken“. Außerdem sei es wichtig, „möglichst viele Leute einzubinden in einen Prozess“. In Fragen der politischen Entscheidungsfindung denkt Andreas Leutwyler also ähnlich wie sein Vater. Wie dieser erblickt er in nicht-zentralistischen und direktdemokratischen Institutionen wesentliche Vorzüge: „Es sollten möglichst viele Leute beteiligt sein und die Meinung sagen können. So dass das dann irgendwie auch zu einer größeren Zufriedenheit jetzt allgemein einmal führt. Dass niemand das Gefühl hat irgendwie, die machen Geschäfte und auf meine Kosten.“ Den Einwand, dass durch das ständige Aushandeln von Kompromissen Entscheidungsprozesse extrem langwierig würden, will Andreas Leutwyler nicht gelten lassen: „Wenn man jetzt einen längeren Zeithorizont als Grundlage nimmt, ist es sicher besser, wenn man irgendwie auch schrittweise vorgeht und irgendwie eine Linie in das Ganze hineinbringt.“ Bei aller Radikalisierung seines Denkens in Richtung einer neoliberalen Doktrin stimmt Andreas Leutwyler letztlich, wenn auch nüchterner als der Vater, in die Feier von Pluralismus und Partizipation im Sinne eines „*total involvement*“ mit ein.

Obwohl es Andreas Leutwylers innigstes Bestreben zu sein scheint, sich in seinem Denken und Handeln dogmatisch zu fixieren, gelingt ihm dies nicht ganz: Er will Karriere machen, sieht aber ein, dass sein Leben auch Restriktionen unterworfen ist, die er nur bedingt beeinflussen kann. Er will daran glauben, dass die uneingeschränkte Konkurrenz

letztlich das Wohlergehen aller befördert, muss aber einsehen, dass es Leute gibt, deren bloße Existenz durch sie bedroht wird. Er will der Überzeugung sein, dass das freie Spiel der Marktkräfte faire Ergebnisse hervorbringt, muss aber einräumen, dass es von außen gesetzter moralischer Regeln bedarf, die diese Fairness gewährleisten. So sehr er sich auch darum bemüht, als ein *tough guy* zu erscheinen: Andreas Leutwyler ist habituell viel zu undogmatisch und weltanschaulich viel zu liberal, um sich ganz einer neoliberalen Heilsbotschaft zu verschreiben. Dennoch lässt die vergleichende Analyse der Biographien sowie der zeitdiagnostischen Einschätzungen von Edgar und von Andreas Leutwyler den Schluss zu, dass es bei Andreas sowohl hinsichtlich seines biographischen Regimes als auch der politisch-weltanschaulichen Fundierung seiner Aussagen zu einer Art Engführung kommt: Das biographische Offenheitsregime transformiert sich in Richtung strategischer Planung, der politische Liberalismus Edgar Leutwylers schrumpft tendenziell auf einen theoretizistischen Neoliberalismus zusammen. Nicht mehr ein pluralistisches Modell politischer Vergemeinschaftung wird hier primär gefeiert, sondern die Verselbständigung, d.h. die Entgrenzung und Entpolitisierung der Ökonomie.

Wie lässt sich diese Engführung erklären? Auf einige Punkte ist bereits hingewiesen worden: Erstens erinnert die affirmative Nüchternheit, mit der Andreas Leutwyler den neuen Kapitalismus proklamiert und begrüßt, an den ‚Desillusionsrealismus‘ seiner Mutter. Es geziemt sich, die Autorität dessen, was sich ohnehin nicht abwenden lässt, ganz einfach zu anerkennen. Zweitens sind Edgar und Andreas Leutwyler Repräsentanten von zwei unterschiedlichen Generationen: Die Frage, wie man sich in der Arbeitswelt einen Platz verschafft, ist für sie anders kontextuiert. Edgar Leutwyler steigt in einer Zeit des kulturellen Aufbruchs und der wirtschaftlichen Prosperität ins Berufsleben ein. Der Berufseinstieg von Andreas Leutwyler fällt dagegen in eine Zeit wirtschaftlicher Rezession und ökonomischer Umwälzungen. Während für Edgar alles möglich schien, sieht sich sein Sohn auch aufgrund äußerer Umstände zu eher pragmatischen und illusionslosen Entscheidungen gezwungen. Andreas Leutwylers Deregulierungseuphorie zehrt drittens auch von den theoretischen Inhalten, mit denen er sich während seines Studiums auseinandersetzte: Die Enthemmung des Gewinnstrebens erscheint in den Theorien, die er sich aneignen musste, als unabdingbare Voraussetzung für künftigen Wohlstand.

Anders als das klassische Kreditgeschäft, in welchem „alles langsam und schleppend vor sich geht“, sei die Geschäftssparte, in der er momentan arbeite, extrem dynamisch: „Es ändert sich relativ geschwind und es ist von dem her interessant. Es kommt immer wieder Neues, und man bleibt einfach nicht stehen.“ „Grundsätzlich möchte ich schon

nicht stehen bleiben“, sagt er. Der Habitus von Andreas Leutwyler scheint auf das Handlungsfeld, in dem er sich aufhält, bestens zugeschnitten zu sein, dies sicherlich auch deshalb, weil er mit diesem Feld von klein auf vertraut war. Ohne dass er in irgendeiner Weise verbissen oder arrogant wirken würde, bewegt er sich in ihm selbstbewusst und stilsicher. Wie selbstverständlich geht er davon aus, dass es für ihn immer irgendwo einen Ort geben wird, an dem er sich entsprechend seinen Wünschen und Fähigkeiten würde entfalten können. Das Verhältnis zu seiner momentanen Stellung ist denn auch vollkommen unverkrampft. Durch den extremen Leistungsdruck, der auf ihm lastet, sieht er sich in keiner Weise in die Defensive gedrängt: „Ich persönlich habe irgendwie den Plausch daran, dass immer etwas Neues kommt, dass etwas läuft, und dass ich das Gefühl habe, ich gehe auch vorwärts. Also für mich ist es nicht in dem Sinne eine Belastung, sondern eher eine Herausforderung.“

Verallgemeinerungen: In seinen Ausführungen zu den Wandlungs- und Entwicklungstendenzen im Schweizer Bankensektor gelangt Andreas Leutwyler zu einem eindeutigen Schluss. Für ihn sind sie Folge und Ausdruck einer sich gegenwärtig global vollziehenden Deregulierung und Entgrenzung ökonomischer Praktiken, welche langfristig zu einer Steigerung wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlicher Wohlfahrt führen werden. Dass dieses Urteil derart entschieden ausfällt, ist erklärungsbedürftig. Woher bezieht Andreas Leutwyler die Gewissheit, dass diese Entwicklungen der Schweizer Volkswirtschaft nicht schaden, sondern im Gegenteil den Standort Schweiz langfristig stärken werden? Andreas Leutwylers Denken scheint ganz im Banne der neoklassischen Wirtschaftstheorie zu stehen. Wann immer er aufgefordert ist, eine Diagnose zu stellen, nimmt er auf deren spezifisches Arsenal vorgefertigter Kategorien und Erklärungsmuster Zugriff. Er führt sie einer Verwendungsweise zu, die sich als neoliberal bezeichnen lässt: Die aus abstrakten Annahmen abgeleiteten Aussagen der neoklassischen Ökonomie fasst er als normative Postulate auf, denen entsprechend die Welt umzugestalten ist. Weil er vor jeder Erfahrung immer schon weiß, dass die Deregulierung der globalen Märkte eine Steigerung gesellschaftlicher Wohlfahrt zur Folge haben wird, begrüßt er diese euphorisch. Im folgenden soll der Denkstil des alltagsweltlichen Neoliberalismus, wie er uns in mehreren Fällen entgegengetreten ist, allgemein skizziert werden:

Das zeitdiagnostische Urteil und die Zukunftsvorstellungen des neoliberalen Alltagstheoretikers stützen sich weder auf Erfahrung noch auf eine bestimmte politische Werthaltung. Mit ihm ist vielmehr die Unterstellung verbunden, dass den abstrakt hergeleiteten Aussagen der neoklassischen Wirtschaftstheorie ein gleichsam naturgesetzlicher Charakter zufällt. Würde man den Markt sich selber überlassen, hätte dies einen

her Progymnasium und in der neunten Klasse stellt sich nachher eben die Frage: Machst du KV oder machst du das Gymnasium? Und bei mir ... Ich bin nie so gerne zur Schule gegangen und wollte eigentlich auch so schnell wie möglich auf eigenen Füßen stehen. Und dann ist eigentlich für mich das KV in Frage gekommen.“

Ziemlich ausführlich kommt Daniel Stähli auf eine Entscheidung zu sprechen, die er vor mehr als fünfzehn Jahren gefällt hat. Sie ist für ihn ganz offensichtlich von großer Bedeutung: Ohne dass sich dies von der an ihn gerichteten Frage her aufdrängen würde, begründet er, weshalb er damals nicht aufs Gymnasium ging, sondern eine kaufmännische Berufslehre in Angriff nahm. Es liegt die Vermutung nahe, dass seine damalige Entscheidung ihm mittlerweile in irgendeiner Weise zum Problem geworden ist.

Es mag für diesen sehr speziellen Gesprächseinstieg zwar bedeutsam sein, dass er sich drei Personen gegenüber sieht, die einen universitären Bildungsabschluss anstreben. Eine hinreichende Erklärung für seine defensiven Rechtfertigungsbemühungen ist dies allerdings nicht. Im weiteren Verlauf des Interviews zeigt sich recht deutlich, dass die Verunsicherung, die in der Anfangspassage zum Ausdruck kommt, nicht nur von der Interviewsituation herrühren kann. Sie hängt mit Daniel Stählis unsicherer beruflicher Stellung zusammen. Wiederholt wirft er von sich aus die Frage auf, ob man mit einer Berufslehre und ohne einen akademischen Bildungsabschluss in dem Berufsfeld, in dem er arbeitet, überhaupt noch eine Zukunft habe. Er sieht sich unter einem extremen Qualifikationsstress. Am Schluss des Interviews sagt er:

„Heute wiederum würde ich mir vielleicht ein bisschen mehr überlegen, ob ich studieren will oder nicht. Aber man kann das kompensieren. Du musst weitermachen, dann kannst du es kompensieren. Aber im Großen und Ganzen also, sehe ich es als einen kleinen Fehler an, dass ich es nicht gemacht habe. Also ich bereue es nicht. Von dort her bin ich sehr zufrieden. Bis jetzt ist es sehr gut gelaufen.“

In seinem demonstrativen Optimismus bleiben Zweifel und Unsicherheiten latent aufgehoben. Keinen akademischen Titel vorweisen zu können, erlebt er beinahe als ‚Stigma‘; als ein Zeichen dafür, dass er sich seiner beruflichen Stellung und Existenz nie ganz sicher wird sein können. „Es braucht einfach jetzt eine Zusatzausbildung. Mit dem KV kommst Du nicht mehr weit. Also dort bin ich ... dort komme ich jetzt voll rein. (...) Ich habe jetzt drei Jahre noch etwas gemacht, und du kannst auch eh... Das wird nie fertig sein.“

Dass man ohne ständige Weiterbildung in der heutigen Arbeitswelt kaum noch eine Zukunft hat – diese Diagnose soll hier keineswegs in Zweifel gezogen werden. Die Art und Weise, wie sie von Daniel Stähli geäußert wird, lässt jedoch erkennen, dass sein Qualifikationsstress nicht nur auf unzureichende Bildung zurückzuführen ist, sondern in einer insgesamt defensiven Grundstruktur seines Habitus gründet. So dient ihm etwa die Mystifizierung akademischer Bildungstitel als ein Mittel, seine eigenen Qualifikationen zu entwerten und den Stress aufrechtzuerhalten. Dieses defensive Muster zeigt sich beispielsweise in folgender Interviewpassage:

„Und sehr viele, die nach Amerika gegangen sind, die sind gefragt worden: Ja du, was hast du studiert? Nachher musst du sagen, du hast nicht studiert, dann bist du .. Schublade unten.“

Statt seine Schweizer Berufs- und Weiterbildungsdiplome gegen amerikanische Universitätsabschlüsse offensiv zu verteidigen, lässt er sich von den Berichten seiner Kollegen präventiv einschüchtern und hat der ‚strukturellen Arroganz‘ der amerikanischen Universitätsabsolventen nichts entgegenzusetzen.

Wie deutet jemand, der habituell zu eher defensiven und unsicheren Praktiken der Selbstbehauptung neigt, die Umwälzungen, die sich in seinem Berufsfeld momentan vollziehen? In Daniel Stählis Ausführungen haftet ihnen etwas Katastrophales an, obwohl er sie gleichzeitig für notwendig und unausweichlich crachtet. Ohne vorerst genau zu bestimmen, was er damit meint, redet er von einem „Prozess“, in den man „hineinkommt“, der einen zum „Mitmachen“ zwingt, der „schleichend kommt“ und „weitergehen“ wird; einem „Prozess“, angesichts dessen „es wahnsinnig gefährlich“ ist, wenn man nicht „reagiert“. Denn das, „was schon läuft, ist enorm“. „Es läuft einfach, es läuft einfach.“ „Es ist ganz klar eine Entwicklung sichtbar, und du weißt auch nicht, wie diese Entwicklung weitergeht.“ Nicht ihre Rasanz lässt diese Prozesse so bedrohlich erscheinen, sondern der Umstand, dass sie die Zukunft ungewiss und unberechenbar machen. „Aber das ist eine Entwicklung, die man, dünkt mich, ein bisschen dramatisiert. Man sagt immer, es geht so schnell. Ich glaube eben nicht, dass es so schnell geht. Es geht nicht innert vier, fünf Jahren, dieser ganze Prozess. Das geht vielmehr über zwanzig, dreißig Jahre, wo das so kommt.“

In einen Prozess eingebunden zu sein, der „schleichend“ verläuft und dessen langfristige Folgen sich überhaupt nicht absehen lassen, versetzt ihn in Panik. Was soll man tun, wenn man nicht einmal mehr weiß, auf was genau man sich einzustellen, an was genau man sich zu „adaptieren“ hat? Mit dem von ihm diagnostizierten „Prozess“ werden die Handlungsvorgaben unscharf, an denen sich der Orientierungssinn

des Angestellten Daniel Stähli einst noch wie selbstverständlich hatte ausrichten können.

Etwas weniger indexikalisch sind die Interviewpassagen, in denen er sich zu den konkreten Erscheinungsformen des „Prozesses“ äußert. Obwohl gerade im Bankensektor in den letzten Jahren schon vieles geschehen sei – es hat Fusionen gegeben, die meisten Kleinbanken haben ihre Selbständigkeit verloren, die Großbanken haben sich neue Geschäftsfelder erschlossen – denkt Daniel Stähli, dass die eigentlichen Umwälzungen erst noch bevorstünden. „Ich erwarte eigentlich schon, dass es auch in unserem Bereich noch härter wird, auf alle Fälle.“ So werde es beispielsweise – mal abgesehen von den paar hochspezialisierten „Boutiquen“ im Bereich der privaten Vermögensverwaltung – „in fünf Jahren noch einmal viel weniger Kleine geben“ und „sehr wahrscheinlich nur noch zwei große.“³⁴⁸ Eine Folge dieser Entwicklungen werde ein weiterer Personalabbau sein. Vor allem für diejenigen, die sich im Verlaufe ihres Berufslebens nicht ständig weitergebildet hätten, werde es noch einmal viel schwieriger werden, sich im Feld zu behaupten.

Verantwortlich für diese Entwicklungen sind in der Sicht von Daniel Stähli die Globalisierung der Wirtschaft sowie die sich daraus ergebende Verschärfung des Wettbewerbs. In der Schweiz sei es zuerst die Textilbranche, dann die Uhrenindustrie, dann die Maschinenindustrie gewesen, die der härter gewordenen Konkurrenz nur noch bedingt gewachsen gewesen seien. Der Grund für die Krise sei jeweils gewesen, dass man zuvor wichtige Neuerungen verschlafen habe: „Es ist gut gegangen, und plötzlich hat man den Anschluss einfach verpasst.“ Der „Prozess“ werde auch in Zukunft die einzelnen Wirtschaftsbranchen gestaffelt erfassen. Heute sei der Bankensektor dran, morgen werde es die Versicherungsbranche sein.

Den vielen Kleinbanken, die Anfang der 90er Jahre der „Überhitzung“ auf dem Immobilienmarkt zum Opfer fielen, trauert Daniel Stähli nicht nach. Die Abschreibungen, die im Zuge der darauffolgenden Wertberichtigungen getätigt werden mussten, hätten indes zur Folge gehabt, dass die Großbanken ihren Blick verstärkt nach Amerika ausrichteten. Hierdurch erst seien sie in Tuchfühlung mit den Herausforderungen – aber auch den Reizen – der Globalisierung gekommen. „Das ist alles von Amerika aus gesteuert. Der amerikanische Einfluss wird sowieso immer größer.“ „Amerika ist da schon viel weiter. Die sind schon lange dran, drüben.“ Amerikanisch haben denn auch die Maßnahmen und Strategien zu sein, mittels derer man als einzelner auf die

³⁴⁸ Tatsächlich schlossen sich einige Monate nach dem Interview mit Daniel Stähli zwei der drei verbliebenen Großbanken zur neuen UBS zusammen. Die dritte Großbank, die CSG, übernahm die Winterthur Versicherung und verwandelte sich in einen Allfinanzkonzern. Vgl. Kapitel 3.2.

Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren hat. Daniel Stähli umreißt ein klares Profil jenes Menschen, der diesen Herausforderungen am ehesten gewachsen ist. Erstens ist er jung. Dass er sich selber schon nicht mehr zu den wirklich Jungen zählen kann, macht ihn nervös.

„Ich sehe es jetzt schon, das ist ein kleines Beispiel, wenn du jetzt die ganze PC-Ebene nimmst, dort bin ich noch gerade so knapp hineingekommen. Das hat gerade so im 1989, 90 angefangen. Und dann machst du die ersten Kurse und so. Aber jetzt, wenn du jetzt schaust, die Ausbildungsleute, die kommen, also achtzehn, zwanzig, was die dir vormachen, dann denkst du dir nachher, du hättest schon wahnsinnig viel verpasst. Die wachsen schon ganz anders auf mit dem Zeug. Es ist unglaublich.“

Daniel Stähli kann gut verstehen, dass bei seinen älteren Arbeitskollegen gegenwärtig „eine wahnsinnig große Verunsicherung“ herrscht. Er teilt sie mit ihnen. Zweitens ist dieser Mensch wendig und schnell genug, um mit dem „Prozess“ mithalten zu können:

„Es ist auch immer die Gefahr, dass du nicht mitmachst bei einem solchen Prozess, jetzt international. Dass du einfach... dass du stehen bleibst. Das ist vielleicht kurzfristig gut, aber längerfristig wirst du überfahren. (...) Ich glaube, gerade jetzt in diese Ausbildungsphase komme ich voll rein. Was da im Moment ringsherum geht, ist enorm, ist enorm. Man macht wirklich alles und alle machen etwas. Und dann kommst du eben automatisch auch gerade in einen Zwang hinein. Entweder machst du mit, oder dann läufst du Gefahr, dass du später einmal ein Problem hast, ... stehen bleibst.“

Drittens ist dieser Mensch mobil – wie eben die Amerikaner: „Da sind wir schon noch hintendrin in der Schweiz.“ Und viertens ist er flexibel. Zum einen kommt er problemlos mit der Tatsache zurecht, dass es in der Arbeitswelt keine langfristigen Sicherheiten mehr gibt. „Die Jobsicherheit ist nicht mehr die gleiche wie auch schon. Dann hast du halt... Das ist einmalig gewesen in der Schweiz. Das ist auch vorbei. Beim Bund ist es auch vorbei. Früher, wenn du mal dort gearbeitet hast, ist es... hast du einfach dort gearbeitet.“ Zum andern macht es ihm auch nichts aus, Arbeiten anzunehmen, für die er formal eigentlich überqualifiziert ist – wie das die amerikanischen Hochschulabsolventen würden, die als Liftboys, Barmen oder als Gärtner arbeiteten. Auch in diesem Punkt gehe es „immer mehr in Richtung anglosächsisch“, findet Daniel Stähli.

Für ihn ist denn auch klar, dass die Politik auf die Herausforderungen der Globalisierung mit einer Redimensionierung wohlfahrts- und

sozialstaatlicher Einrichtungen wird reagieren müssen. „Du musst sicher sozial ein Netz haben, da bin ich wohl dafür. Aber es sollte einfach nicht zu groß sein, weil wenn es zu groß wird, dann hast du auch wieder ein Problem – dass du die Flexibilität auch nicht mehr hast nachher.“ Die zwangsläufige Kapitulation des Staates vor den neuen wirtschaftlichen Flexibilitätsforderungen werde die Entwicklung hin zu einer Zweiklassengesellschaft weiter beschleunigen. „Die guten Leute werden einfach noch mehr verdienen in der Zukunft. Und die schlechten Leute, die verdienen einfach weniger. Man sieht es jetzt schon.“

Zwar findet er, dass man gegen diese Entwicklung dringend etwas unternehmen müsste. Wiederholt finden sich im Interview Formulierungen wie: „Es muss sicher etwas gemacht werden.“ Oder: „Dort müsste man von mir aus gesehen sicher etwas machen.“ Doch nicht nur inhaltlich bleiben seine Forderungen leer, auch über einen möglichen Adressaten scheint sich Daniel Stähli ziemlich im Unklaren zu sein. Die Verselbständigung der Ökonomie scheint zwangsläufig zur Folge zu haben, dass eigentlich niemand mehr – auch nicht die Politik – sich den ökonomischen Imperativen widersetzen kann. Wenn die Schweiz als Wirtschaftsstandort weiterhin konkurrenzfähig sein wolle, habe die Mehrheit ihrer Bevölkerung künftig Verzicht zu leisten. Das hinzunehmen, sei für die Schweizer „vielleicht speziell hart, weil wir natürlich auf einem sehr hohen Niveau sind“. Aber nicht nur auf den bisherigen Lebensstandard, auch auf große Teile ihrer Nationalkultur wird die Schweiz künftig verzichten müssen. „Ich glaube einfach, dass die Amerikanisierung..., die kommt, die kommt! Die typisch schweizerischen Eigenschaften, die werden nach und nach verschwinden.“

Auf einer oberflächlich inhaltlichen Ebene unterscheiden sich die Zukunftsprognosen von Daniel Stähli und Andreas Leutwyler nur unwesentlich. Beide sind sie der Auffassung, dass wir gegenwärtig die Schwelle zu einem neuen Zeitalter überschritten haben, das ganz im Zeichen einer verselbständigten Ökonomie stehen wird. Die verschärfte Konkurrenz zwischen rivalisierenden Konzernen und Wirtschaftsstandorten wird es erforderlich machen, dass staatliche Regulierungen auf ein Minimum reduziert und betriebliche Strukturen unerbittlich auf Schlankheit und Effizienz getrimmt werden. Mit der Gemächlichkeit, dem Wohlstand und der Gemütlichkeit vergangener Tage ist es im Zeitalter des totalen Marktes endgültig vorbei. Dennoch lassen sich in den beiden Fällen erhebliche Differenzen ausmachen. Sie zeigen sich zum einen auf der Ebene des psychischen Arrangements, das sie mit den diagnostizierten Entwicklungen eingehen, zum anderen auf der Ebene der Bewertung. Selbstbewusst und souverän nimmt Andreas Leutwyler ihnen gegenüber eine objektivierende Haltung ein. Obwohl auch er in seinem Berufsalltag einem immensen Erfolgs- und Leistungsdruck aus-

gesetzt ist, scheint er ganz Herr der Lage zu sein. In der Verselbständigung der Ökonomie erblickt er eine Herausforderung, an der er sich bilden und bewähren kann und die seiner Einschätzung nach zu mehr allgemeinem Wohlstand führen wird. Ganz anders sieht es bei Daniel Stähli aus: Er fühlt sich passiv einem sich anonym vollziehenden „Prozess“ ausgeliefert, der über kurz oder lang zu einer Zweiklassengesellschaft führen wird. Obwohl er sich ständig bemüht, durch Weiterbildung einigermaßen mithalten zu können, antizipiert er schon heute sein künftiges Scheitern: „Also das überlege ich mir manchmal schon auch. Wie sieht es in zehn Jahren oder in zwanzig Jahren aus, wenn du wirklich mal fünfzig bist?“

Zunächst einmal lässt sich – ganz auf der Linie von Daniel Stählis eigenen Überlegungen – die Differenz in der Deutung der Umbrüche mit den unterschiedlichen Bildungsabschlüssen erklären: Andreas Leutwyler ist sich seiner Sache deshalb so sicher, weil er einen Hochschulabschluss vorzuweisen hat. Und er wertet „den Prozess“ deshalb so positiv, weil er als Absolvent der Betriebswirtschaftslehre in die Geheimnisse des Marktes vollumfänglich eingeweiht ist. Allerdings ist ein Hochschulabschluss keine Garantie mehr für eine sichere und selbstsichere Positionierung in der Arbeitswelt, und die Heilsbotschaft der neoklassischen Ökonomie hat seit längerem schon den Weg auch in die Köpfe nicht akademisch gebildeter Menschen gefunden. Es muss also noch nach weiteren Erklärungen gesucht werden. Daniel Stähli und Andreas Leutwyler reagieren deshalb so unterschiedlich auf die von ihnen diagnostizierte Verselbständigung der Ökonomie, weil sie trotz einer Altersdifferenz von nur fünf Jahren gleichsam zwei verschiedenen Generationen von Jungbankern angehören, und weil sie in sehr unterschiedlichen Milieus aufgewachsen sind:

Daniel Stählis Einschätzung der eigenen Lage ist ambivalent. Einerseits denkt er, den Anschluss an die neuen Entwicklungen im Bankengeschäft knapp noch geschafft zu haben. Er rechnet sich einer privilegierten Generation zu, die Anfang der 90er Jahre, als im Bankengeschäft der große Elektronisierungsschub einsetzte und sich die Großbanken verstärkt bilanzneutralen Geschäftstätigkeiten zuwandten, noch jung und unverbraucht war. Andererseits wird er das Gefühl nicht los, von Anfang an verspätet gewesen zu sein und den Anschluss nie wirklich geschafft zu haben. Diese Selbsteinschätzung ist hochgradig plausibel. In der ländlichen Niederlassung der Bank, in der er seine kaufmännische Lehre absolviert hat, hatte er wahrscheinlich nur beschränkte Möglichkeiten, sich frühzeitig und in angemessener Weise auf die sich eben erst abzeichnenden Entwicklungen einzustellen oder sie auch nur wahrzunehmen. Seine frühe berufliche Sozialisation war letztlich noch ganz auf das alte, relativ statische und unflexible Kreditgeschäft ausgerichtet.

Daniel Stähli gehört einer Zwischengeneration von Jungbankern an, bei denen sich ein beruflicher Habitus herausbildete, der mit den neuen Rationalitäten im Bankengeschäft nur teilweise kompatibel ist.

Der defensive Habitus von Daniel Stähli hat indes auch einen primärsozialisatorischen Hintergrund. Daniel Stähli wuchs in einem kleinstädtischen und eher bildungsfernen kleinbürgerlichen Angestelltenmilieu auf. Sein Vater, geboren 1939, war während mehr als zwanzig Jahren Angestellter einer Regionalbank. In fast idealtypischer Weise verkörpert er den klassischen Schweizer Bankbeamten mit seinem Verschwiegenheitsethos. Er ist seriös, zuverlässig, pflichtbewusst, exakt und loyal. Eine Bank hat seiner Ansicht nach nicht möglichst hohe Gewinne zu erzielen, sondern sie hat sich primär am Wohl des Kunden zu orientieren. Das Gesellschaftsbild von Sebastian Stähli ist stark von einer christlichen Verantwortungsethik geprägt: „Das muss ich einfach schon sagen: Auch gesellschaftspolitisch hat doch jede Firma die Verantwortung, aber auch die Pflicht, einen gewissen Teil von Leuten zu beschäftigen, die einfach nicht, sagen wir, eine 200-prozentige Leistung bringen; die aufgrund ihrer Fähigkeiten einfach langsamer arbeiten. Sie können doch nicht alles nur Eliteleute beschäftigen in ihrem Laden! Was soll denn mit denen passieren, die einfach nicht die Fähigkeit haben und sich vielleicht viel mehr Mühe geben?“

Sebastian Stähli erblickt in den neueren Entwicklungen im Bankengeschäft das Machwerk von „Machtstrebern“, die das Gemeinwohl aus den Augen verloren haben. Wenn sein Sohn sich die langfristigen Konsequenzen der neuesten Entwicklungen vergegenwärtigt, ist sein Urteil von einer ähnlichen Werthaltung geprägt.

Nicht nur auf der Ebene des vorherrschenden Geistes – hier eine liberalistische Feier von Pluralismus und Offenheit, dort ein christlich geprägter Konservatismus – lassen sich in den Familien Leutwyler und Stähli erhebliche Unterschiede feststellen. Auch die klimatischen Verhältnisse scheinen in den beiden Familien ganz andere gewesen zu sein: Während bei den Leutwyler politische und wirtschaftliche Problemstellungen hitzig debattiert wurden, fiel bei den Stähli die weltanschauliche Kontroverse einem väterlichen Verschwiegenheitsethos gänzlich zum Opfer. Dies zeigt sich auch ganz deutlich im Interview mit Margrit Stähli, der Mutter von Daniel Stähli, die in Kapitel 8 porträtiert wird. Sie ist neben ihrem Mann, dem die berufliche Schweigepflicht und das Bankgeheimnis in Fleisch und Blut übergegangen sind, gleichsam verstummt und verdorrt. Aber auch dem Sohn muss die Welt der Banken, in der er sich heute bewegt, bereits in den Kinderjahren als eine Welt voller Mysterien, Undurchschaubarkeiten und passiver Anpassungszwänge vorgekommen sein. Sie ist es ihm ein Stück weit bis heute geblieben.

Verallgemeinerungen: Die vergleichende Analyse der Fälle von Andreas Leutwyler und Daniel Stähli legt den folgenden allgemeinen Befund nahe: Unsicherheiten und Labilitäten bei der beruflichen Selbstbehauptung erwachsen nicht unmittelbar aus veränderten, objektiven Chancenstrukturen. Sie sind vielmehr ‚vermittelt‘ über den Habitus: In welcher Weise ein Individuum auf den zweifellos stärker gewordenen äußeren Qualifikations- und Leistungsdruck, auf den Wegfall von Sicherheiten und den Ruf nach Flexibilität reagiert, hängt letztlich davon ab, welche habituellen und mentalen Dispositionen sich in ihm im Verlaufe seiner Sozialisation herausgebildet haben. Dass Daniel Stähli die Umbrüche in seinem Berufsfeld als bedrohlich erlebt und auf sie mit Stress und Panik reagiert, hat nichts absolut Zwingendes an sich. Der Vergleich mit Andreas Leutwyler zeigt, dass die identischen Prozesse – ganz ohne Zynismus – auch als Entwicklungen hin zu mehr Freiheit und Autonomie gedeutet werden können.

Die Zukunftsvorstellungen des neoliberalen ‚Panikers‘ folgen typischerweise dem folgenden Argumentationsverlauf: Mit der Globalisierung der Wirtschaft verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen einzelnen Wirtschaftsstandorten und einzelnen Unternehmen. Die Unternehmen reagieren darauf mit Strategien, die auf die Steigerung der Effizienz ihrer Tätigkeiten ausgerichtet sind. Dies bedeutet, dass Arbeitsplätze abgebaut werden und der Druck, insbesondere der Qualifikationsdruck auf die einzelnen Mitarbeiter, intensiviert wird. Die Globalisierung und der verschärfte Standortwettbewerb wirken sich auch auf die nationalstaatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik aus: Sie sieht sich nicht nur gezwungen, dem Druck in Richtung einer immer konsequenteren Deregulierung sowohl der Güter- und Kapitalmärkte als auch des Arbeitsmarktes nachzugeben. Auch die Institutionen der sozialen Sicherung erscheinen als langfristig in Frage gestellt. Sowohl die Strukturveränderungen in der Wirtschaft, als auch die schwindende Handlungs- und Interventionsfähigkeit des Staates haben zur Folge, dass jeder Einzelne mehr Eigenverantwortung tragen muss. Direkter als jemals zuvor sieht er sich anonymen und unberechenbaren Prozessen ausgeliefert. Sie zwingen ihn dazu, flexibel und mobil zu sein und sich ständig von neuem auf veränderte Anforderungen einzustellen. Mit der Arbeitsplatz-, der Einkommens- und der Statussicherheit vergangener Tage ist es vorbei. Dies hat zur Folge, dass das Gefälle zwischen arm und reich immer größer wird und der Lebensstandard der Mittelschichten auf ein insgesamt tieferes Niveau absinken wird. Mit der Verselbständigung der Ökonomie geht außerdem eine Nivellierung und Vereinheitlichung der Kultur einher. Die Eigenheiten der schweizerischen Nationalkultur werden verschwinden.

Nur ganz selten werden von den Vertretern dieser pessimistischen Prognosen auch mögliche Gegenstrategien zur Diskussion gestellt. Vorgeschlagen wird etwa die Stärkung eines regionalistischen Denkens. Gerade die Angestellten multinationaler Unternehmen hätten sich mit den lokalen Managements künftig stärker zu solidarisieren, meint etwa ein Arbeiter in einer Schokoladefabrik, die zum amerikanischen Phillip Morris Konzern gehört. Auf der lokalen Ebene saßen Arbeiter und Manager mittlerweile im gleichen Boot. Letztlich gelte es, in seinen Ansprüchen bescheidener zu werden und sich an die härtere Gangart zu gewöhnen.

Die Diagnosen des neoliberalen ‚Panikers‘ sind im Gegensatz zu denjenigen des ‚Euphorikers‘ frei von theorielastigen Überhöhungen. Wir haben es beim panischen Neoliberalismus also weniger mit einer Heilsprophetie als vielmehr mit einem Ohnmachtsdiskurs zu tun. Unterstellt wird, dass ökonomische Entwicklungen individuell weder beeinflusst noch mitgestaltet werden können. Man hat sich den Imperativen, die von der Globalisierung der Wirtschaft ausgehen, passiv zu fügen. Die Anstrengungen, sich auf Vordermann zu halten, erscheinen letztlich als Akte folgsamer Subordination.

Zu einem panischen Neoliberalismus neigen denn auch typischerweise Personen, die dem traditionellen Arbeitermilieu oder dem mittelständischen Angestelltenmilieu entstammen. Kennzeichnend für sie sind eine relativ starke Autoritätsgläubigkeit und eine Neigung zu eher defensiven Praktiken der Selbstbehauptung. Im Laufe ihres Berufslebens haben sie sich nicht als Innovatoren, sondern in erster Linie als korrekte und pflichtbewusste Berufsmenschen bewährt. Sie sind stolz darauf, aufgrund von Leistungsbereitschaft und Loyalität eine respektable soziale Stellung erreicht zu haben. Auf die Restrukturierungen in ihrem beruflichen Handlungsumfeld reagieren sie deshalb mit Panik, weil diese ihnen Leistungen abfordern, die mit der tendenziell autoritären Grundstruktur ihres Habitus nur noch bedingt vereinbar sind. Handlungsvorgaben erleben sie als zunehmend diffus, Machtverhältnisse als zunehmend anonym. Aufgrund ihres defensiven Angestelltenhabitus sind sie für Drohgebärden der Apologeten der neoliberalen Doktrin besonders empfänglich: Das Globalisierungsargument liefert ihnen einen geeigneten Schlüssel zur Hand, wenigstens die eigenen Verunsicherungen noch zu verstehen.

5.3 Synthese: Politischer und wirtschaftlicher Liberalismus in der Schweiz

Im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz stand in den 1990er Jahren die Frage, mittels welcher Strategien ein Ausweg aus der wirtschaftlichen Rezession zu finden sei. Alte ideologische Grabenkämpfe flammten dabei wieder auf. Führte man auf der einen Seite die neuen sozialen Härten auf eine Verwilderung der marktwirtschaftlichen Ordnung hin zu einem globalen Kasino- und Shareholder-Kapitalismus zurück, die es durch politische Regulative zu bändigen gelte, propagierte die andere Seite eine umfassende „marktwirtschaftliche“ Reform der Ordnungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wenigstens zu Beginn erhoben beide Seiten den Begriff des „Neoliberalismus“ zu einer ihrer wichtigsten Kampfformeln. Verband indes das eine Lager mit ihm die Diagnose eines Verfalls, diente er dem anderen als allgemeinste Bezeichnung einer Programmatik des Aufbruchs und der Erneuerung. Noch im April 1998 verwahrte sich die Neue Zürcher Zeitung entschieden gegen die Vereinnahmung des Neoliberalismus-Begriffs durch die politische Linke: „Eine der perfidesten Umdeutungen ist in den letzten Jahren dem Begriff des ‚Neoliberalismus‘ widerfahren. Er avanciert immer mehr zum Lieblingsschimpfwort aller Sozialromantiker und Strukturkonservativen an die Adresse jener, die sich gegen den schleichenden Verlust an Freiheit von innen in den westlichen Industriestaaten zur Wehr setzen, auch wenn die offene Bedrohung dieser Freiheit durch den Zusammenbruch des Kommunismus schwächer geworden zu sein scheint. ‚Neoliberalismus‘ wird in dieser Sichtweise geradezu zur Steigerungsform des Liberalismus; unterstellt wird ihm die böse Absicht einer ‚Vermarktlichung‘ aller Lebensbereiche und einer übertriebenen Individualisierung der Gesellschaft, das Ganze gewürzt mit einer kräftigen Prise sozialer Kälte.“ Dies sei deshalb eine Verdrehung, weil sich die „Väter des Neoliberalismus“ engagiert „stets für Moral und Gemeinsinn, für Tradition und Sitte“ eingesetzt hätten: „Nichts könnte dies besser zum Ausdruck bringen als einige Buchtitel Wilhelm Röpkes wie ‚Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart‘, ‚Civitas humana‘, ‚Jenseits von Angebot und Nachfrage‘ oder ‚Maß und Mitte“.³⁴⁹ Das Gefecht um die Besetzung des Begriffs war bald einmal entschieden. Er wurde von denjenigen, die mit ihm eine positive Sendung verbanden, aufgegeben. Diese kleine Niederlage schmälerte die Wirkungsmacht ihrer Programmatik indes kaum. In den 90er Jahre schlugen sich die Denkinhalte des Neoliberalismus äußerst erfolgreich

³⁴⁹ Neue Zürcher Zeitung (11. April 1998).

sowohl auf die alltagsweltliche Wahrnehmung wirtschaftlicher Zusammenhänge als auch auf die staatliche Wirtschaftspolitik nieder.

Unter dem Titel *Mut zum Aufbruch. Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz* veröffentlichte 1995 eine Gruppe von neunzehn ‚neoliberalen‘ Wirtschaftsprofessoren, Topmanagern und Unternehmern ein ordnungspolitisches Manifest, dessen 54 Agendapunkte, allen Widerständen zum Trotz, rasch zur Richtschnur politischer Reformen wurden. Die Umsetzung ihrer Forderungen wurde von der Politik – abgesehen von einigen Radikalforderungen wie der Einführung einer existenzsichernden Einheitsrente, des Verzichts auf das Pensionskassenobligatorium, der Einführung kostendeckender Studiengebühren oder des Verzichts auf die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen – relativ rasch in Angriff genommen. Gefordert wurde erstens ein konsequenter Abbau bestehender Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit, zweitens die Privatisierung und Entflechtung der Staatsbetriebe, drittens die Vermeidung von Schweizer Alleingängen bei der Einführung ökologischer und sozialer Produktionsauflagen sowie viertens eine Neuausrichtung der Sozialpolitik im Sinne einer stärkeren Gewichtung von Eigeninitiative, Flexibilität und Selbstverantwortung. Es fehle, so die Autoren, „weitgehend das Bewusstsein, dass wir in einer Epoche leben, die Elemente einer neuen Gründerzeit aufweist. Wenn die Schweiz auch in dieser neuen Situation Erfolg haben will, dann ist ein tiefgreifender Mentalitätswandel im Sinne der Abkehr vom Besitzstandsdenken sowie einer nachhaltig erhöhten Leistungsbereitschaft unerlässlich.“ An die Stelle des „Umverteilungsstaates“ müsse der „bedürfnisorientierte Sozialstaat“ treten. Denn: „Die unbestrittenen Grundsätze des sozialen und humanen Staates dürfen nicht zu einer letztlich kontraproduktiven Umverteilungspolitik führen. Je mehr der allgemeine Wohlstand gestiegen ist, desto großzügiger wurde der Kreis der Unterstützungsberechtigten definiert, weitgehend unabhängig von individueller Bedürftigkeit und somit zum Teil sogar ungeachtet des Einkommens und des Vermögens. Eine solche Sozialpolitik fördert parasitäre Einstellungen, Abhängigkeiten sowie soziale Gleichgültigkeit und erodiert die Leistungsbereitschaft. (...) Die zur Finanzierung notwendige Erhöhung der Sozialausgaben und Steuern schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen und senkt die Attraktivität unseres Landes als Wirtschaftsstandort.“ Unmissverständlich machten die Autoren klar, dass es zur Umsetzung der von ihnen geforderten Reformen schlicht keine Alternativen gebe: „Das vorliegende Buch ist vor dem Hintergrund geschrieben, dass die Zeit für erfolgreiche unternehmerische und wirtschaftspolitische Antworten auf den weltwirtschaftlichen Strukturwandel knapp wird. (...) Wirtschaft und Politik müssen radikal umdenken und sich den Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs stellen. Es braucht

einen Mentalitätswandel und insbesondere eine Steigerung der Leistungsbereitschaft aller, wenn wir nicht drastische Wohlstandsverluste in Kauf nehmen wollen.“³⁵⁰ Das theoretische Fundament des Manifests bildeten ein nicht näher erläuteter Glaube an die wohlfahrtssteigernden Effekte der weltweiten Handelsliberalisierung sowie die klare, aber ebenfalls nicht explizierte Überzeugung, dass das Marktsystem in beinahe allen Gesellschaftsbereichen die besten, effizientesten und die kollektive Wohlfahrt am stärksten befördernden Problemlösungen zu liefern vermöge.

In ihren zeitdiagnostischen Einschätzungen rekurren Andreas Leutwyler und Daniel Stähli konsequent auf die in diesem Manifest angeschlagene Rhetorik. Die Globalisierung der Wirtschaft nehmen sie als eine faktisch unaufhaltsame Entwicklung wahr, die auch jeden einzelnen vor grundlegend neue Herausforderungen stellt. Vorbei sind ihrer Einschätzung nach die Zeiten, als man es sich an seinem Arbeitsplatz gemütlich einrichten und sich darauf verlassen konnte, auch ohne persönliches Engagement sozial hinreichend abgesichert zu sein. Ihre Überzeugungen scheinen dabei weniger auf einer politischen Tradition der Weltanschauung, als vielmehr auf den theoretischen Sätzen der neoklassischen Nationalökonomie zu gründen. Eine historisch-genetische Rekonstruktion des neoliberalen Alltagsdenkens, wie es uns in den Fällen von Andreas Leutwyler und Daniel Stähli entgegentritt, käme folglich einer wissenschaftssoziologischen Rekonstruktion der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der neoklassischen Ökonomie gleich – ein Unternehmen, das hier selbstverständlich nicht in Angriff genommen werden kann.³⁵¹ Es wäre nicht zuletzt herauszuarbeiten, wie und weshalb es dieser „reinen Lehre“ gelungen ist, zum vorherrschenden Paradigma nicht nur des wissenschaftlichen, sondern auch des alltagsweltlichen Denkens über wirtschaftliche Zusammenhänge zu werden.³⁵²

Der „Neoliberalismus“ als eine Schulbildung innerhalb der neoklassischen Ökonomie formierte sich in der Zwischenkriegszeit als eine Reaktion auf die Integration egalitärer und sozialstaatlicher Elemente in

³⁵⁰ Pury/Hauser/Schmid (1995: 13ff.).

³⁵¹ Der ideengeschichtlich ausgerichteten „Dogmengeschichte“, wie sie von den Ökonomen selbst betrieben wird, ist ein wissens- oder wissenschaftssoziologischer Zugang zur Disziplin weitgehend fremd. Einzig Karl Pribram scheint in seiner unlängst wieder zugänglich gemachten Gesamtdarstellung der Geschichte des ökonomischen Denkens (1998) von einer wissenssoziologischen Fragestellung auszugehen, ohne dass er sie indes konsequent verfolgen würde. Ansätze zu einer Soziologie der Wirtschaftswissenschaften finden sich etwa bei Coats (1984), McCloskey (1983), Mirowski (1986), Stark (1944) und Whitley (1986).

³⁵² Zur Diagnose einer „Ökonomisierung“ des Alltagsdenkens siehe die Beiträge in Müller/Müller (1996).

den liberal-demokratischen Verfassungsstaat.³⁵³ Mit dem Argument, sie stellten eine fundamentale Bedrohung der ‚Freiheit‘ dar, wandten sich seine Vertreter gegen alle staatlichen Interventionen und Regulative in die Wirtschaft. Diese gründeten, so etwa Friedrich August von Hayek, auf einer „Anmaßung von Wissen“, mit welcher genuin eine Tendenz zu Autoritarismus und Totalitarismus verbunden sei.³⁵⁴ Grundlegend für seine unzähligen gegen den Wohlfahrtsstaat gerichteten Polemiken war die Auffassung, dass Initiative und Innovation im freien Spiel der Marktkräfte die alleinige Voraussetzung für die Mehrung des individuellen und gesellschaftlichen Wohls darstellten. Sozialpolitische Interventionen verhinderten die „spontane Entstehung von Ordnung“, führten zu einer Verzerrung des Wettbewerbs, minderten die volkswirtschaftliche Effizienz und hätten „Unfreiheit“ zur Folge. Mit ihnen würden, so von Hayek, die Probleme erst geschaffen, die der Wohlfahrtsstaat zu lösen vorgebe. Der Neoliberalismus mündete indes keineswegs, wie gelegentlich unterstellt wird, in die naive Forderung nach einer vollständigen Abschaffung des Staates oder seiner Beschränkung auf rein ordnungspolitische Funktionen. „Es gibt auch kaum einen Grund, warum die Regierung nicht auf Gebieten wie der Sozialversicherung oder dem Erziehungswesen eine Rolle spielen oder sogar die Initiative ergreifen oder nicht vorübergehend experimentelle Entwicklungen subventionieren sollte. Unser Problem sind da nicht so sehr die Ziele als die Methoden der staatlichen Tätigkeit. Auf diese bescheidenen und harmlosen Ziele staatlicher Tätigkeit wird oft hingewiesen, um zu zeigen, wie unvernünftig jede Ablehnung des Wohlfahrtsstaates als solchem ist. Aber wenn einmal der strenge Standpunkt aufgegeben ist, dass sich der Staat mit solchen Dingen überhaupt nicht befassen solle – ein Standpunkt, der vertretbar ist, aber mit Freiheit nicht viel zu tun hat –, entdecken die Verteidiger der Freiheit gewöhnlich, dass das Programm des Wohlfahrtsstaates eine Menge anderes umfasst, das als ebenso legitim und unanfechtbar dargestellt wird.“³⁵⁵

Im Objektivitätsaufsatz schrieb Max Weber: „Wir haben in der abstrakten Wirtschaftstheorie ein Beispiel jener Synthesen vor uns, welche man als ‚Ideen‘ historischer Erscheinungen zu bezeichnen pflegt. Sie bieten uns ein Idealbild der Vorgänge auf dem Gütermarkt bei tauschwirtschaftlicher Gesellschaftsorganisation, freier Konkurrenz und streng

³⁵³ Als Gründerväter des Neoliberalismus gelten die Österreicher Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1899-1992). Gelegentlich werden der neoliberalen Schule auch die Vertreter des deutschen „Ordoliberalismus“ zugerechnet. Seine führenden Figuren waren Walter Eucken (1891-1950) und Wilhelm Röpke (1899-1966). Im anglo-amerikanischen Raum gelten die Vertreter der „Chicago School“ als neoliberal, so etwa Milton Friedman (geb. 1912) und Georg J. Stigler (1911-1991).

³⁵⁴ von Hayek (1991).

³⁵⁵ von Hayek (1971: 329).

rationalem Handeln. Dieses Gedankenbild vereinigt bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen Lebens zu einem in sich widerspruchslosen Kosmos *gedachter Zusammenhänge*. (...) In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und für die historische Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht.“³⁵⁶ Während Max Weber dafür plädierte, die Denkmodelle der neoklassischen Ökonomie als „Idealtypen“ aufzufassen, an denen die Wirklichkeit *analytisch* zu messen sei, werden sie von der Schule des Neoliberalismus *normativ* überhöht. Die platonische Modellwelt der Ökonomen³⁵⁷ verwandelt sich in der neoliberalen Schule zu einem Katechismus von Dogmen und Glaubenssätzen, wobei die entsprechende Heils- und Unheilssemantik gleich mitgeliefert wird.³⁵⁸

Als in eine Heilsbotschaft transformierbar erscheint insbesondere die ursprünglich von Adam Smith formulierte und später von den Neoklassikern mit mathematischen Modellen untermauerte These, dass das individuelle Streben nach größtmöglichem Nutzen die kollektive Wohlfahrt nicht etwa gefährde, sondern sie im Gegenteil befördere. Es lässt sich indes relativ leicht zeigen, dass mit der Rezeption der Schriften von Adam Smith durch die neoklassische Ökonomie eine Vulgarisierung ihrer theoretischen Substanz einherging. Smith sei, so etwa Walther, in seinen Schriften keineswegs von rationalen Egoisten ausgegangen. „Die spekulativ abgeleitete Harmonie aller mit allen, nicht ein solipsistisch konzipierter Freiheitsbegriff, bildet den Ausgangspunkt für die Theorie der freien Wirtschaftsgesellschaft. Wirtschaftliche Freiheit bedeutet demnach Freiheit innerhalb eines ethisch-moralisch und theologisch vorgeformten Rahmens.“³⁵⁹ In den Kategorien der Neoklassik lässt sich außerdem anhand eines einfachen mathematischen Modells widerspruchsfrei zeigen, dass der Abbau von Handelshemmnissen resp. die „Globalisierung“ der Wirtschaft zu einer Steigerung der Wohlfahrt in allen beteiligten Nationen führt.³⁶⁰ Das neoklassische Denken tendiert dazu, die von ihm modellhaft beschriebenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten – wenn auch gelegentlich nur metaphorisch – als Naturgesetze hinzustellen. Eingriffe in das freie Spiel der Marktkräfte sind in dieser

³⁵⁶ Weber ([1904]1988: 190f.).

³⁵⁷ Der Begriff des „Modell-Platonismus“ stammt von Hans Albert (1984).

³⁵⁸ Wiederholt wurde kritisiert, die neoklassische Ökonomie vernachlässige die historische, soziale, institutionelle und moralische Einbettung ökonomischen Handelns. Zur Kritik von soziologischer Seite siehe Beckert (1996), Heinemann (1987), Smelser/Swedberg (1994) und Parsons (1940). Zur Kritik von Seiten unorthodoxer Ökonomen siehe Hödl/Müller (1986) und Vogt (1977).

³⁵⁹ Walther (1982: 795). Zur gleichen Thematik: Jäckel (1997).

³⁶⁰ Vgl. Weder (1998).

Perspektive deshalb zu unterlassen, weil sie störend auf die „Selbsteilungskräfte der Natur“ einwirken.³⁶¹

Das zeitdiagnostische Denken von Andreas Leutwyler und Daniel Stähli scheint sich in seinen wesentlichen Inhalten weniger an den Idealen einer politischen Weltanschauung als vielmehr an den messianisch gewendeten Dogmen einer wissenschaftlichen Theorie auszurichten. In welchem Verhältnis steht nun ihr „wirtschaftlicher“ Liberalismus zum „politischen“ Liberalismus etwa eines Edgar Leutwyler?

In seiner begriffsgeschichtlichen Rekonstruktion des Markt- und des Freihandelsdenkens gelangt Walther zu der These, dass der „politische“ und der „wirtschaftliche Liberalismus“ erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Verbindung eingingen.³⁶² „Erst nach der Jahrhundertwende werden ‚liberaler Individualismus‘, ‚konsequenter Liberalismus‘ und ‚wirtschaftlicher Individualismus‘ synonym verwendet und zwar in der oben angesprochenen Doppelbedeutung als positiv besetzte Gegenbegriffe zu ‚Sozialismus‘ und gleichzeitig als kritisch verstandene Begriffe.“ Mit den aufklärerisch-emanzipatorischen Bestrebungen der Liberalen des 18. und 19. Jahrhundert war noch keineswegs genuin eine Konzeption des wirtschaftlichen „Laissez faire“ verbunden. Im Gegenteil: „Die führenden liberalen Politiker standen dem missionarischen Eifer der Freihändler skeptisch gegenüber und misstrauten den feilgebotenen wirtschaftspolitischen Patentrezepten zur Lösung fast aller Probleme von der Handelsbilanz bis zum Weltfrieden.“ Gleiches galt für die entgegengesetzte Seite. Selbst die Vertreter der Manchester-Bewegung rekurrten zwar ausgiebig auf den Begriff der Freiheit. „Als ‚Liberalismus‘ wurden aber vordererst weder die Freihandelslehre noch die Freihandelsbewegung bezeichnet.“ Das primäre Ziel der Männer, die sich 1838 in Manchester zur Anti-Corn-Law-League zusammenschlossen, war die Abschaffung der Getreidezölle und die Einführung des Freihandels. „Die im Umfeld dieser Bewegung in ganz Europa entstehenden nationalökonomischen Streitschriften brachten Smiths Theorie auf das Niveau eines ökonomischen Katechismus, wobei vor allem der Begriff ‚Freiheit‘ arg strapaziert wurde.“³⁶³ Aus den begriffsgeschichtlichen Erörterungen von Walther kann gefolgert werden, dass die politischen Strömungen des Liberalismus bis ins 20. Jahrhundert hinein für unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte offen waren und dass es sich – und dies vor allem – beim politischen Liberalismus nicht um eine

³⁶¹ Gemäß Walther (1982: 790) wurde der „Topos von den Selbsteilungskräften der Natur“ erstmals im 17. Jahrhundert von frühen Verfechtern des Freihandels auf wirtschaftliche Zusammenhänge übertragen. Zur Natur-Metaphorik in der Ökonomie siehe Hodgson (1995) und Mirowski (1994).

³⁶² Walther (1982: 787).

³⁶³ Walther (1982, 798ff.).

Deutungstradition handelt, in deren geistigem Zentrum das Konzept der Wirtschaftsfreiheit steht.³⁶⁴ So gesehen, stellt der Neoliberalismus, auf den sich Andreas Leutwyler und Daniel Stähli in ihren Zukunftsvorstellungen beziehen, ein Schrumpfgelände des politischen Liberalismus dar.

³⁶⁴ Vgl. Döhn (1998).